

# Rede Nominierungsparteitag

## Heppenheim-Erbach 29.November 2008

Hinter der hessischen SPD liegt keine leichte Zeit, aber jetzt müssen wir den Blick nach vorn richten. Wir wollen einen intensiven und engagierten Wahlkampf führen.

Wir treten mit einem neuen Kopf an für neue Politik, die CDU tritt mit einem alten Kopf an, der für alte Politik steht.

Die Koch-CDU haben die Bürgerinnen und Bürger genauso satt wie vor einem Jahr.

Ganz ohne Rückblick können wir aber nicht durchstarten. Deshalb einige Sätze zur jüngeren Vergangenheit.

Nach dem hervorragenden Wahlergebnis vom Januar dieses Jahres, das wir Andrea Ypsilanti zu verdanken haben und das ohne Clement noch besser gewesen wäre, das aber leider gleichzeitig kompliziert war, waren Entscheidungen zu treffen, die niemandem in der SPD leicht gefallen sind.

Insbesondere die Frage des Umgangs mit der „Linkspartei“ auf Landesebene hat uns alle beschäftigt. Gerade zu diesem Punkt gibt es ganz unterschiedliche Meinungen – das war und ist in einer Volkspartei völlig legitim.

Deshalb haben wir einen demokratischen Diskussionsprozess von den Ortsvereinen bis zum Landesparteitag geführt, an dessen Ende am 1. November ein mit 95,3 Prozent gefasster Parteitagsbeschluss stand. Er billigte eine rotgrüne Koalitionsvereinbarung, die den versprochenen Politikwechsel verwirklicht hätte.

Parteitagsbeschluss und Politikwechsel konnten jedoch nicht umgesetzt werden, weil drei Abgeordnete ganz kurz vor der Ziellinie ihre Position ins Gegenteil verkehrt und ihre über Monate hinweg gemachte zentrale Zusage – nämlich einen Parteitagsbeschluss umzusetzen – im letzten Moment widerrufen haben.

Es ist schlicht unwahr, wenn von den 4 Abweichlern immer wieder das Bild gezeichnet wird, in der hessischen SPD sei keine freie Diskussion möglich gewesen. Der Prozess zur Vorbereitung einer Regierungsbildung ist in einer noch nie da gewesenen Breite erfolgt, von den Ortsvereinen über Regionalkonferenzen bis hin zu zwei Landesparteitagen, die mit jeweils deutlich über 90 Prozent die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen und deren Ergebnis beschlossen haben. Demokratischer kann ein innerparteilicher Willensbildungsprozess nicht ablaufen.

Es ist schlicht unwahr, wenn behauptet wird, über Bedenken sei hinweg gegangen worden. Es ist unbestritten, dass jeder einzelne Abgeordnete zu jedem Zeitpunkt die Gelegenheit hatte, die Regierungsbildung zu verhindern. Deshalb hat es immer wieder intensive Gespräche gegeben. Frau Everts, Frau Tesch und Herr Walter haben dutzendfach gegenüber Parteigremien, gegenüber Frau Ypsilanti persönlich, gegenüber anderen Abgeordneten und anderen Parteimitgliedern, gegenüber Bürgerinnen und Bürgern und sogar öffentlich erklärt, dass sie sich an einen Parteitagsbeschluss halten werden. Wir haben eine geheime Probeabstimmung gemacht. Carmen Everts hat mich noch 5 Tage vor ihrem Auftritt in unserem Postzimmer im Landtag zur Seite genommen und gesagt: „Du kannst ruhig schlafen, ich stimme natürlich für Andrea“. Am gleichen Abend erklärte sie öffentlich beim Unterbezirksparteitag in Groß-Gerau

das Gleiche.

Jürgen Walter kritisiert das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen im Bereich Infrastruktur. Die hat er selbst ausgehandelt. Zu viert wurde verhandelt zum Frankfurter Flughafen und zum Flugplatz Kassel-Calden: nämlich Hermann Scheer, Jürgen Walter von uns sowie Frank Kaufmann und Jochen Ruoff von den Grünen. Er hat dem Koalitionsvertrag zugestimmt. Übrigens haben er, Everts und Tesch auch dem Papier zugestimmt, das bei der Linken zur Mitgliederabstimmung als Grundlage vorlag!

Wir haben uns nach dem ersten Versuch doch nur deshalb ein zweites Mal auf den Weg gemacht, weil Walter, Everts und Nina Hauer uns im Sommer sagten: Es gibt keine Alternative (mehr); wir müssen das mit der Unterstützung durch die Linkspartei machen. Wir trafen uns dann am 4. August in Eschborn. Ergebnis: Wir leiten das nach der Sommerpause gemeinsam ein. Die Netzwerker stellten dafür noch ein paar Bedingungen, u.a. das Kriterienpapier zur Linkspartei und ein bessere Vertretung im Kabinett, im Landesvorstand und in der Fraktion.

Sie haben dann das Gegenteil gemacht von dem, was sie mir in Vieraugen-Gesprächen und auch öffentlich gesagt haben.

Wenn es als Fehler eingestuft wird, Menschen zu vertrauen, die monatelang Zusagen getroffen haben, dann weiß ich nicht, was die Wertorientierung von denjenigen ist, die Managerfehler reklamieren. Aber jetzt weiß ich, wie bei bestimmten Unternehmensberatern gedacht wird.

Nach dieser Entwicklung sind Neuwahlen unvermeidlich. Auf die müssen wir uns jetzt mit aller Kraft konzentrieren.

Diese Neuwahlen am 18. Januar wollen wir allen Widrigkeiten zum Trotz gewinnen. Auch wenn es uns allen nach einigem Frust schwer fällt, richten wir den Blick wieder nach vorn. Klar ist: Trotz des herben Rückschlags ist das Spiel noch nicht verloren.

Mit Thorsten Schäfer-Gümbel haben wir einen Spitzenkandidaten, der für einen personellen Neuanfang steht. Er hat sich mit seinem frühzeitigen Einsatz für die Solidarische Bürgerversicherung, für Gute Arbeit und in der Kommunal- und Beschäftigungspolitik einen Namen gemacht. Er hat im ersten Duell im Landtag mit Koch eine klasse Figur gemacht. Und dass Koch sich vor einem TV-Duell drückt, ist doch wirklich billig. Koch hat Angst, dass er wieder ein Duell verliert, so einfach ist es!

Die SPD hat damit aus dem gescheiterten Versuch der Regierungsbildung Konsequenzen gezogen, während die CDU sich zur personellen Erneuerung wieder unfähig zeigt. Ein weiteres Mal tritt sie mit dem Wahlverlierer Koch an, der wie kaum noch ein Zweiter in der CDU für den gescheiterten Marktradikalismus des Leipziger CDU-Parteitages und die Spaltung der Gesellschaft steht. Koch ist Teil des Problems und nicht der Lösung.

Wir können an unseren Wahlerfolg vom Januar anknüpfen:

Wer

- eine gerechte Bildungspolitik,
- ein Umsteuern in Richtung erneuerbare Energien,
- eine Politik für Familien,

- gerechten Lohn bei guter Arbeit und
- eine solidarische Gesellschaft

will, der kann wieder gewonnen werden, am 18. Januar die SPD zu wählen.

Denn diese Themen bleiben richtig und sie haben nach wie vor eine Mehrheit in der Bevölkerung. Die CDU hat dagegen mit Roland Koch nichts Neues anzubieten. Mit seinem Marktradikalismus gehört er zu den Mitverantwortlichen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Und immer noch will er ein Bildungssystem, das Kinder aussortiert, immer noch setzt er auf Steuergeschenke für Vermögende und auf soziale Kälte.

Am 18. Januar geht es darum, ob die alte Koch-Politik wirklich wieder fröhliche Urstände feiert oder Hessen eine neue Politik bekommt.

Und Hessen braucht eine neue Bildungspolitik:

- eine neue Politik, die individuell unsere Kinder fördert, anstelle einer alten Politik, die auf Auslese setzt
- eine neue Politik, die den G8-Schulstress beendet und ihn nicht wie die Koch-CDU fortführen will
- eine neue Politik, die für kleinere Klassen sorgt, mehr Lehrer an die Schulen bringt und nicht die alte Politik, die auf Laienlehrer und vollgestopfte Klassen setzt
- eine neue Politik, die für Ganztagschulen sorgt, anstelle einer alten Politik, die Kindern, Eltern und Lehrern wegen ihrer Ungerechtigkeit und Stress ganztags Sorge macht

Und Hessen braucht eine neue Sozialpolitik:

- eine neue Politik, die Sucht- und Schuldnerberatungen, Präventionseinrichtungen, Familienberatungen und Frauenhäuser unterstützt, anstelle einer alten und kalten Politik, die bei den Schwächsten der Schwachen kürzt

Und Hessen braucht eine neue Wirtschaftspolitik:

- eine neue Politik, die der neoliberalen Machtwirtschaft endlich etwas entgegenstellt; eine neue Politik, die Umwelt und Wirtschaft als eine Einheit und Chance versteht und nicht die alte Politik, die Arbeitnehmer und Umwelt belastet
- eine neue Politik, die in erneuerbaren Energien große Chancen für unser Klima, aber auch für neue Arbeitsplätze sieht und nicht die alte Politik, die Hessen zum Schlusslicht bei den Erneuerbaren gemacht hat
- eine neue Politik, die Banken kontrolliert und der Wirtschaft Einhalt gebietet, wenn es dort nur noch menschenverachtend um Profit geht und nicht die alte Politik, für die Koch steht, der noch 2003 für ausländischen Investmentbanker Steuererleichterungen gefordert hat
- eine neue Politik, die sich für den Mindestlohn stark macht, anstelle der alten Politik, die Armutslöhne haben will
- eine neue Politik, bei der der Staat eine aktive Rolle hat, gegen eine alte Politik der Privatisierung, der jetzt die Sozialisierung der Verluste folgt.

Koch behauptet, er habe aus seiner Wahlniederlage gelernt. Da ist er wieder der alte Rosstäuscher.

Noch nach der Wahlniederlage haben er und seine CDU die Studiengebührenabschaffung bekämpft. Mit Tricks hat er versucht, den Beschluss zu verzögern. Deshalb: Wir garantiert, dass die Studiengebühren abgeschafft bleiben? Die, die sie eingeführt haben, und die FDP, die sie weiter haben will, oder die SPD, die sie abgeschafft hat?

Gegen das Schulgesetz mit der Abschaffung der Schülerbeförderungskosten und der Verhinderung von Schulschließungen hat er gestimmt. Wir garantiert, dass die Schülerbeförderungskosten abgeschafft bleiben? Die, die sie eingeführt haben, und die FDP, die sie weiter haben will, oder die SPD, die sie abgeschafft hat?

Koch redet seit Neuestem auch über erneuerbare Energien, aber auch das ist wenig glaubwürdig für einen Herrn, der wie kein anderer für die alte Atompolitik steht und das Kohlegroßkraftwerk Staudinger haben will und Anträge zur Energiewende noch vor kurzem – nach der Landtagswahl (also von wegen Lernfähigkeit) abgelehnt hat. Wer steht also für den Umstieg auf erneuerbare Energien? Diejenigen, die ein Vorranggesetz für Erneuerbare bereits auf den Weg gebracht haben, oder diejenigen, die Hessen in diesem Bereich zum Schlusslicht gemacht haben und Solarsatzungen und jedes Windrad bekämpfen?

Glaubt Ihr, die Mitarbeiter in Hessen wissen nicht, wie sich die CDU noch nach der Landtagswahl bei der Frage der Tarifierhöhungen für Beamte und dem Beitritt zur Tarifgemeinschaft der Länder verhalten hat?

Die SPD ist und bleibt die einzige Partei in Hessen, die wirtschaftlichen Fortschritt mit ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Verantwortung versöhnen kann.

Alle Genossinnen und Genossen bitte ich deshalb - auch wenn vielen von Euch der Sinn jetzt nicht nach einem weiteren Wahlkampf steht - darum: Beißt die Zähne zusammen und kämpft! Roland Koch und seine CDU sollen sich nicht zu früh freuen. Unsere SPD ist sturmerprobt seit 145 Jahren.

Ich bin zwar keine 145, aber auch sturmerprobt. Ich werde um das Direktmandat kämpfen.

Die Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis Bergstraße-West werden vor der Entscheidung stehen,

- ob sie in Viernheim eine Polizeistation haben wollen
- ob die Umgehung Groß-Rohrheim kommt (die anderen haben ja immer nur versprochen und betrogen, z.B., dass kein Rückbau der Straße zwischen dem Jägersburger Wald und Biblis nötig sei)
- ob das Weltkulturerbe Kloster Lorsch endlich angemessen finanziell ausgestattet wird
- ob die ICE-Trasse menschen- und umweltfreundlich gebaut wird, und nicht Mensch und Natur in Einhausen, Lorsch und/oder Lampertheim unverantwortlich beeinträchtigt
- ob die Schuldnerberatung und viele andere soziale Projekte die angemessene finanzielle

Ausstattung bekommen

- ob echte Ganztagschulen in Heppenheim, Viernheim, Lampertheim, Lorsch und Bürstadt auf den Weg kommen
- ob die Grundschulen besser mit pädagogischem Personal ausgestattet werden, die Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten intensiviert wird und frühe, individuelle Förderung endlich auf den Weg kommt
- ob wieder Schülerbeförderungskosten im Kreis eingeführt werden
- ob die Betreuungsangebote für Unter-3-Jährige in den Städten und Gemeinden des Wahlkreises verbessert werden, weil es entsprechende Landeshilfen geben wird.

Der andere ist zwar jünger, aber er steht für eine alte Politik. Deshalb gilt auch hier: Das Lebensalter sagt nichts über die geistige Frische!

Der Wahlkampf wird kurz, aber heftig. Deshalb bitte ich Euch, auch wenn die Ereignisse der letzten Wochen noch im Magen liegen: Helft mit, damit es in Hessen zur Erneuerung kommt und der alte und kalte Koch endlich weg kommt.